

Politischer Jahresbericht

Türkei 2007/2008



Istanbul

Länderbüro Türkei, Juli 2007 – Juni 2008

Dr. Ulrike Dufner

Juni 2008

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
Einleitung	5
Ergenekon, Tagebücher der Militärs	3
Krisenstimmung: Kampf der Eliten	11
Rückschritte in der Kurdenfrage	11
Klimawandel, Trockenheit, Energie	22
Ausblick.....	25

1. Zusammenfassung

Zur Zeit des letzten Jahresberichtes vor zwölf Monaten, Mitte Juli 2007, stand die Türkei kurz vor den vorgezogenen Parlamentswahlen. Mit den Parlamentswahlen hoffte man auf ein Ende der ungewissenen politischen Situation und auf eine Stabilisierung der Politik. Der eindeutige Wahlsieg der AKP am 22. Juli 2007 verschaffte der Partei eine solide Mehrheit und hätte die Chance auf eine stabile Regierung und Politik des Landes bedeuten können. Doch die Rückschau zeigt, dass das Land heute trotz klarer und stabiler Mehrheitsverhältnisse im Parlament von einer politischen Stabilität nach wie vor weit entfernt ist. In den kommenden Wochen wird die Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichtes darüber erwartet, ob die AKP verboten und mit ihr 70 AKP-Politiker mit einem fünfjährigen Parteiverbot belegt werden oder nicht. Auch die pro-kurdische DTP wartet auf den Beschluss des Verfassungsgerichtes, ob sie verboten wird oder nicht. Sie bereitet sich bereits auf die Gründung einer neuen Partei vor. Das wäre inzwischen das vierte Mal in der jungen Geschichte der pro-kurdischen Parteien.

Wie in einem Krimi wird die Bevölkerung zudem Zuschauer im so genannten Ergenekon-Verfahren, ein Strafverfahren wegen Gründung und Mitgliedschaft in einer Bande, die die Regierung stürzen wollte und auf deren Konto mehrere politische Morde zu gehen scheinen – gegen Ultrationalisten wie links-demokratische Intellektuelle. Im Zuge dieses Verfahrens kam es zu spektakulären Verhaftungen von Journalisten, Politikern und Generälen im Ruhestand. Hervorzuheben ist, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei ehemalige hochrangige Militäranghörige inhaftiert wurden. Die Justiz macht erstmals nicht vor dem Militär Halt. Neu ist auch, dass die Risse innerhalb des Militärs immer deutlicher zu Tage treten. So dringen aus Militärkreisen stets neue Informationen an die Öffentlichkeit, welche nicht nur Putschpläne belegen, sondern auch ernsthafte Hinweise darauf erbringen, dass in der Vergangenheit vermutete, aber nie belegbare Verwicklungen der Militärs in Anschläge sich bewahrheiten, die ursprünglich der PKK angelastet wurden. Die Intellektuellen dieses Landes sind sich noch nicht einig darüber, ob sich das Ergenekon-Verfahren als Machtkampf unterschiedlicher Mafia-Cliquen gegeneinander darstellt. Oder ob es den tiefen Staat in seinem Kern beseitigen kann. Das Ergenekon-Verfahren wird daher mit gewisser Skepsis betrachtet. Der wünschenswerte Druck der Zivilgesellschaft, um die kriminellen Mafia-Strukturen zu beseitigen, bleibt daher weitgehend aus.

Während das Land politisch erneut vor einer Phase mit offenem Ausgang steht, scheinen bestimmte Konstanten in der Politik und Gesellschaft dieses Landes (noch) zu bestehen, strahlen aus dieser Perspektive eine gewisse Stabilität aus und sorgen für Orientierung in einer ansonsten vollkommen unübersichtlichen und widersprüchlichen Periode: Die Gesellschaft ist weiterhin gespalten. Kemalistische Nationalisten warnen kontinuierlich vor den Islamismus- und Separatismusgefahren. Ihnen gegenüber stehen die AnhängerInnen und WählerInnen der AKP, welche eine Überwindung des erstarrten Kemalismus anstreben. Dazwischen wächst eine immer größer werdende Strata, die sich auf keine der beiden Seiten schlagen möchte. Sie strebt eine „wirkliche“ Demokratie an, die sie weder von der AKP noch von der kemalistischen CHP erwartet. Bei der Zuspitzung der politischen Krise, wie sie das Land seit Monaten erlebt, werden diese Stimmen jedoch mehr und mehr an den Rand gedrängt und aufgefordert, sich auf eine der beiden Seiten zu schlagen. Wer gegen das Parteiverbot der AKP ist, wird automatisch zum AKP-Anhänger.

Wer für das Verbot ist, wird automatisch zum kemalistischen Nationalisten. Zwischentöne werden immer leiser und häufig mit Repressionen belegt.

Die seit nunmehr anderthalb Jahren andauernde Krise hinterlässt Spuren in der Bevölkerung und Zivilgesellschaft. Auf der einen Seite wurde die Gesellschaft damit depolitisiert, so dass man den Eindruck gewinnen konnte, hier handele es sich um den Kampf der „Giganten“ gegeneinander, und bei dem die Stimmen der Bevölkerung (z.B. Wahlergebnisse) ohnehin irrelevant sind. Auf der anderen Seite verliert man durch das Durcheinander das Ziel aus den Augen: Wer ist in einer derartigen politischen Gemengelage noch der richtige Ansprechpartner für politische Belange? Schließlich ist man in eine gewisse Wartehaltung gegangen, die bis tief in die Bevölkerung reicht. Aufgrund wochenlanger Gerüchte um einen Militärputsch wundert es niemanden mehr, wenn es irgendwann tatsächlich soweit ist. So waren sich die EinwohnerInnen von Kaynaklar/Buca, einem kleinen Ort in der Nähe von Izmir, am 3. Juli 2008 sicher, dass „er“ gekommen ist, der Militärputsch. Damals war das Bürgermeisteramt von einem großen Polizeiaufgebot umringt. Dass jedoch der Bürgermeister wegen finanzieller Vorteilnahme festgenommen wurde und die Sicherstellung der Unterlagen im Bürgermeisteramt das hohe Sicherheitsaufgebot erklärte, wäre ihnen vermutlich als allerletztes in den Sinn gekommen

Einleitung

Die Gliederung dieses Berichtes gibt in gewisser Weise wieder, wie die Heinrich-Böll-Stiftung die Prioritäten der aktuellen Herausforderungen in den vergangenen zwölf Monaten beurteilt: von herausragender Bedeutung, insbesondere für die Zukunft dieser Gesellschaft, ist das so genannte Ergenekon-Verfahren; ein Strafverfahren, das seit Wochen die türkische Öffentlichkeit in Atem hält. Man wähnt sich fast wie in einem Politthriller angesichts der Putschpläne und umfassenden kriminellen Energien, die hinter dieser Organisation und ihren weitreichenden Tentakeln stecken.

Von nicht minder wichtiger Bedeutung ist die Auseinandersetzung der kemalistischen Eliten mit der AKP. Das Parteiverbot, dessen Ausgang für Anfang/Mitte August 2008 erwartet wird, ist ein wichtiger Meilenstein in dieser Auseinandersetzung. Das letzte Wort dürfte aber auch bei einem Parteiverbot längst nicht gesprochen sein. Denn die gesellschaftliche Dynamik, die hinter dem Wahlsieg der AKP auf der einen Seite und dem erbitterten Kampf der AKP-Gegner auf der anderen Seite steckt, ist auch durch das Urteil des Verfassungsgericht nicht zu stoppen. Weder können Parteiverbote die gesellschaftlichen Kräfte bremsen, die in diese Gesellschaft integriert werden wollen. Noch werden sich die Kreise bei einem eventuellen Nichtverbot ruhig stellen lassen. Die Krise dürfte nach diesem Urteil dem Land allenfalls eine Atempause bringen, sie wird es jedoch noch lange beschäftigen.

So wie das Rad der Geschichte und der gesellschaftlichen Veränderungen durch ein Verbot der AKP nicht zurückzudrehen ist, so ist es auch in Sachen Kurdenfrage nicht. Das gegen die DTP vom

Verfassungsgericht angestrebte Verbotsverfahren, welches frühestens Oktober/November 2008 entschieden werden dürfte, kann die seit Jahren verzeichnete Öffnungspolitik in der kurdischen Bewegung und den Drang nach Integration und Partizipation in der Gesellschaft der türkischen Republik nicht aufhalten. Dennoch hat ein Parteiverbot der DTP negative Wirkung auf genau jene Kräfte, die sich für eine Integration stark machen. In der Rückschau der vergangenen zwölf Monate kann man kaum umhin als zu bezweifeln, dass die gegenwärtigen Machthabenden eine Integration der kurdischen Bevölkerung als gleichberechtigte BürgerInnen mit entsprechenden kulturellen Rechte anstreben. Auch in den kommenden zwölf Monaten erwartet die Gesellschaft in der Kurdenfrage keine friedliche Beilegung dieses jahrelangen Konfliktes.

Neben diesen zentralen Fragen, die die Demokratie und Politik dieses Landes auch in den kommenden Wochen und Monaten noch in Atem halten werde, sind die Auswirkungen von Klimawandel, Trockenheit und steigenden Energiepreisen zunehmend spürbar. Angesichts der übrigen politischen Dramatik gelangen diese Themen zwar weiterhin nur blitzlichtartig in die Schlagzeilen. Dennoch ist absehbar, dass hier dringender Handlungsbedarf vorliegt – sowohl auf Seiten der Regierung als auch bei der Zivilgesellschaft.

Ergenekon–Tagebücher der Militärs

Am 12. Juni 2007 findet die Polizei in Ümraniye, einem Armutsviertel von Istanbul, 27 Handgranaten sowie weiteren Sprengstoff. Wenig später stellt sich heraus, dass das Attentat auf die Tageszeitung Cumhuriyet 2006 mit hoher Wahrscheinlichkeit aus der gleichen Serie verübt worden war. Im Zuge der ersten Festnahmen noch im Juli 2007 werden erstmals Verbindungen zu der so genannten Verschwörungsgruppe Ergenekon hergestellt. Die Untersuchungen im Fall Ergenekon werden vom Istanbul Generalstabsanwalt immer weiter ausgedehnt und führen zu mehreren Verhaftungswellen. Zu den Festgenommenen gehören unter anderen:

- Ergün Poyraz, Autor nationalistischer Publikationen, beantragte unter anderen im Verfahren vor dem Staatssicherheitsgericht, gegen die deutschen politischen Stiftungen als Nebenkläger aufzutreten. Er veröffentlichte 2004 eine Schmähchrift gegen die deutschen Stiftungen (AKpapanin temel icgüdüsü, Istanbul)
- General a.D. Veli Küçük, ehemaliger Leiter der Spezialeinheit der Gendarmerie JITEM, die für counter insurgency Aktivitäten in den kurdischen Gebieten gegründet und eingesetzt wurde
- Rechtsanwalt Kemal Kerincsiz, einer der Anwälte, die zahlreiche Strafverfahren nach Artikel 301 angestrebt hatten, darunter das Verfahren gegen Elif Safak, Murat Belge, Orhan Pamuk, Hrnt Dink
- Zerkeriya Öztürk, Oberst a.D.
- Dogu Perincek, Parteivorsitzender der Arbeiterpartei
- İlhan Selçuk, Inhaber der Tageszeitung Cumhuriyet (wird später aus der Haft entlassen)
- Prof. Kemal Alemdaroglu, Direktor der Istanbul Universität (wird später aus der Haft entlassen)

- Hursit Tolon, General a.D.
- Sinan Aygün, Vorsitzender der Handelskammer Ankara, (inzwischen aus der Haft entlassen)
- Sener Eruygur, General a.D. und Vorsitzender des Atatürk-Gedankengut-Vereins (siehe politischer Jahresbericht 2007)

In Folge des Susurluk-Unfalls 1996, bei dem Verbindungen zwischen Drogenmafia, Militär/Gendarmerie und Politik (darunter der vormalige Innenminister) zum Vorschein kamen, gaben Can Dündar und Celal Kazdagi im selben Jahr ein Buch mit dem Titel „Ergenekon“ heraus. Die Recherchen für dieses Buch deckten bereits damals kriminelle Strukturen auf, die zur Abwehr von kommunistischen Gefahren in zahlreichen NATO-Staaten aufgebaut worden waren. Can Dündar betont, dass die von ihnen damals als „Ergenekon“ bezeichnete Organisation eine von den USA unterstützte und unter dem Namen Gladio international operierende Organisation darstellte.

Die heute als Ergenekon bezeichnete kriminelle Organisation hingegen sei gegen die Westorientierung der Türkei gerichtet
(vgl. <http://www.candundar.com.tr>).

Ebenso reichten die Verbindungen der kriminellen Organisation damals bis in die Staatsspitze (beispielsweise zum ehemaligen Innenminister Mehmet Agar) und das noch amtierende Militär. Heute hingegen handelt es sich um pensionierte Generäle. Die politische Spitze scheint nicht involviert zu sein.

Heute geht man davon aus, dass die Gruppe für 2009 einen Staatsstreich vorbereitete und mittels Anschlägen und Morden ein Klima der Angst und Unsicherheit verbreiten wollte. Dadurch sollte in der Bevölkerung der Wunsch nach einem Militärputsch

geweckt werden. Zu zahlreichen Morden und Attentaten der vergangenen Jahre werden inzwischen - wenn auch noch nicht bestätigte - Verbindungen hergestellt, so zu dem Mord an Hrant Dink im Januar 2007, an dem Priester De Soto 2006, zu den Morden an Christen im vergangenen Jahr in Malatya, zum Anschlag auf den Staatsanwalt 2005, zum Anschlag auf die Tageszeitung Cumhuriyet 2006, an den Mord an Prof. Hablomitoglu 2002, Autor des Buches, das Grundlage für das Strafverfahren gegen die deutschen politischen Stiftungen in der Türkei war.

Die am 14. Juli 2008 von der Staatsanwaltschaft veröffentlichte über zweitausend Seiten starke Anklageschrift lässt vielen den kalten Schauer über den Rücken laufen: Bereits vor Wochen bestätigten sich die Meldungen aus dem vergangenen Jahr, wonach im Jahr 2004 zwei Militärputsche aus den Reihen der angeklagten Militärs vorgesehen waren. Derartige Berichte der Wochenzeitung Nokta im vergangenen Jahr hatten noch zur Schließung der Zeitschrift geführt. Heute ist die Existenz dieser Putschpläne mehr oder weniger gesichert.

Neben den beiden in 2004 geplanten Putschen wurden inzwischen zwei weitere Pläne bekannt, die Regierung zu stürzen: Im Jahr 2001 wurde Ministerpräsident Ecevit von den Militärs vehement zum Rücktritt gedrängt. Für das Frühjahr 2009 war ebenfalls ein Sturz der Regierung vorgesehen. General a.D. Eryugur war offensichtlich federführend in die Ausarbeitung der Putschpläne involviert. Nach seinem Ausscheiden aus dem Militär wurde er Vorsitzender des Atatürk-Gedankengut-Vereins. In dieser Funktion organisierte er 2007 die so genannten Republiktreffen gegen die Wahl von Abdullah Gül zum Staatspräsidenten. Eine nunmehr bekannt gewordene wichtige Randbemerkung in diesem Kontext ist, dass mehr als 90 Prozent der

Finanzen des Atatürk-Gedankengut-Vereins im vergangenen Jahr vom damaligen Staatspräsidenten Sezer als Spenden kamen. Dies kann kaum als Zufall bezeichnet werden.



Exgeneral Eryugur (2. v. re) auf einem Republikmeeting 2007

Im Rahmen von Ergenekon spielt die Mobilisierung der öffentlichen Meinung eine bedeutende Rolle. Daher ist es nicht verwunderlich, dass ehemalige Militärs sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen engagierten und diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren suchten. Das Beispiel der so genannten Republiktreffen im vergangenen Jahr zeigt deutlich, wie man sich eine Mobilisierung der Öffentlichkeit vorstellt. Ergenekon zielte nicht nur auf die Infiltration und Instrumentalisierung der Zivilgesellschaft ab. Auch „Unbequeme“ sollten kontrolliert und bekämpft werden:

Das belegt auch das von der Tageszeitung Taraf am 7. April 2008 veröffentlichte Memorandum („Andic“) aus den Reihen des Generalstabes, bei dem es sich um eine Analyse der zivilgesellschaftlichen Organisationen, Intellektuellen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen sowie ihrer gesamten Aktivitäten und Finanzierung aus dem Jahr 2006 handelt. Neben den „feindlichen“ Intellektuellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, zu denen

auch die deutschen politischen Stiftungen gerechnet werden, werden auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen erwähnt, die gute Beziehungen zum Militär unterhielten wie die Umweltorganisation TEMA¹. Obwohl die Authentizität dieses Memorandums Anfang April 2008 bestritten wurde, scheint es einen großen Wahrheitsgehalt zu bergen: Demnach habe Ergenekon geplant, sich intern umzustrukturieren, von den JITEM-Erfahrungen² zu profitieren und „alle zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Türkei unter Kontrolle zu nehmen. Das ist eine Notwendigkeit. Denn die Finanzquellen dieser Organisationen stammen aus dem Ausland“ (zit. nach Taraf Gazetesi, 17. Juli 2008).

Neben zivilgesellschaftlichen Organisationen spielen laut der Tageszeitung Taraf in den Putschstrategien von Ergenekon auch die Medien eine besondere Rolle. Ergenekon plante, durch Fernsehsender und Printmedien die Öffentlichkeit in die gewünschte Richtung zu lenken, eine Krisenstimmung zu erzeugen und den Ruf nach einem Putsch zu verbreiten.

Auf seiner Website geht Can Dündar davon aus, dass heute im Unterschied zu „Susurluk“ 1996 ein öffentliches Interesse an der Aufdeckung dieser kriminellen Strukturen und ihrer Zerschlagung besteht. Während der Anschein erweckt wird, dass die Staatsanwaltschaft ein Interesse an der Aufklärung hat, kann dies für die politische Elite

¹ Die Heinrich Böll Stiftung in der Türkei beschloss im vergangenen Jahr, mit keiner zivilgesellschaftlichen Organisation in der Türkei zusammenzuarbeiten, in der ehemalige Militärs an führender Stelle sind.

² Die Existenz des der Gendarmerie unterstellten Geheimdienstes JITEM wurde bis heute nicht offiziell bestätigt. Insofern hat die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft auch in dieser Hinsicht große politische Bedeutung.

dieses Landes nicht uneingeschränkt angenommen werden.

Zunächst versuchte die größte Oppositionspartei das gesamte Verfahren als einen Trick der AKP darzustellen, um ihren Hals aus der Schlinge eines Parteiverbots zu ziehen. Inzwischen hat sich der CHP-Vorsitzende Deniz Baykal sogar zum „Anwalt“ der Inhaftierten erklärt. Für die CHP sind insbesondere die viele Jahre zurückreichender Verbindungen, die in der Anklageschrift aufgeführt werden, nicht beweiskräftig (vgl. diverse türkische Tageszeitungen vom 16. und 17.7.2008). Ähnlich wie die CHP argumentiert auch die zweite kemalistische Partei im Parlament, die DSP, die der AKP Stimmungsmache vorwirft, um von den eigentlichen Problemen des Landes und insbesondere ihrer Politik abzulenken, die auf einen (islamisch geprägten) Umsturz des politischen Systems ziele. Ufuk Uras, Abgeordneter der ÖDP im Parlament, konnte Anfang Juli 2008 für seinen Parlamentsantrag, in dem er die Gründung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Aufklärung der Putschpläne aus den Jahren 2004 forderte, keine Unterstützung aus den Reihen der AKP, MHP, CHP oder DSP erhalten. Die AKP argumentierte damit, dass dies die Ermittlungen stören würde. Die übrigen Oppositionsparteien CHP und DSP werfen ihm Stimmungsmache vor. Die MHP ist insgesamt empört darüber, dass die Medien Ergenekon als terroristische Organisation bezeichnen, dies sei eine Schande für die türkische Nation (vgl. u.a. www.haber5.com). Der Terminus Terrorismus sei an dieser Stelle für die vaterlandsliebenden Kemalisten nicht angebracht!

Uras konnte die laut Geschäftsordnung des türkischen Parlamentes erforderliche Anzahl von zwanzig Unterschriften für seinen Antrag dennoch

Dank der pro-kurdischen Abgeordneten erhalten und damit den Antrag einreichen.

Dennoch war sich die DTP zu Anfang nicht sicher, wie sie sich zu dem Ergenekon-Verfahren verhalten sollte und sendete zunächst widersprüchliche Signale aus. Zunächst wurde das Verfahren als „Kampf von Mächten untereinander“ bewertet, man wolle sich auf keine Seite dieser Kräfte stellen und verhielte sich daher neutral. Die DTP brachte damit eine Haltung zum Ausdruck, die durchaus von Teilen der außerparlamentarischen Opposition geteilt wird: Was hat das Ergenekon-Verfahren mit uns zu tun? Es handelt sich um einen Machtkampf unter dunklen Mächten. Wie auch immer das Verfahren ausgeht, die Bevölkerung wird hiervon nicht profitieren. Manche befürchten, dass lediglich die Kreise beseitigt werden sollten, die Ergenekon und seiner Mission mittlerweile im Wege stehen. Als Resultat dieses Reinigungsprozesses könnte eine noch effektivere Organisation herauskommen. Die Morde an Hablemitoglu u.a. zeigten, dass die Organisation vor Morden an den „eigenen Leuten“ nicht zurückschreckt, sobald diese „der Sache“ im Wege stehen.

Die DTP hat aber offensichtlich ihre Haltung überdacht und scheint das Verfahren mittlerweile zu begrüßen. Sie fordert eine Ausweitung der Untersuchungen auf die kurdischen Gebiete. Denn bis heute wurden viele Fälle von Verschwundenen, die Verwicklungen von JITEM in extra-legale Hinrichtungen und andere Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten nicht aufgeklärt (vgl. NTV, 15.7.2008).

Hervorstechend in der Berichterstattung ist die Tageszeitung Taraf, die seit Wochen nahezu täglich Enthüllungen über Machenschaften, Geheimstrukturen der Militärs und Hintergründe zum

Ergenekon-Verfahren liefert. Sie wirft den anderen Tageszeitungen vor, nicht wie beim Susurluk-Unfall 1996 zur Aufklärung der Hintergründe von Ergenekon beizutragen. Nuray Mert, Kolumnistin der Tageszeitung Radikal, warnt davor, die Erwartungen an das Verfahren zu hoch zu schrauben und damit eine „historische Mission“ zu verbinden. Sie erinnert an die Verfahren gegen die Mafia in Italien, die den Aufstieg von Berlusconi letztlich nicht verhindern konnten (Radikal Gazetesi, 17.7.2008). Ob das aber die Zurückhaltung vieler JournalistInnen rechtfertigt, dürfte bezweifelt werden.

Inzwischen ist unter den Intellektuellen eine heftige Diskussion entbrannt darüber, wie man sich zum Ergenekon-Verfahren stellen sollte. Viele Intellektuelle bestreiten zwar nicht, dass die Aufklärung von Ergenekon notwendig und wichtig sei. Aber sie reagieren dennoch sehr verhalten gegenüber dem aktuellen Prozess und auch gegenüber der Tageszeitung Taraf. Als Gründe hierfür wird das Timing dieses Verfahrens angeführt. Es könne kein Zufall sein, dass die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift ausgerechnet dann veröffentlicht, wenn die Entscheidung des Verfassungsgerichts zum AKP-Verbot unmittelbar bevorsteht. Es wird also vermutet, dass die AKP dieses Verfahren letztlich für sich zu instrumentalisieren versucht. Ob die AKP an der Aufklärung in der Sache ein wirkliches Interesse habe, wird bezweifelt.



(*Denken heißt Partei beziehen*)

In Bezug auf die Tageszeitung Taraf werden ebenso Bedenken angemeldet: Wie sicher ist es, dass die Tageszeitung, die mit internen Informationen aus dem Generalstab beliefert wird, nicht instrumentalisiert wird? Wer liefert Informationen an Taraf? Mit welchem Interesse? Es wird vermutet, dass innerhalb des Militärs eine Gruppe von Fethulla Gülen-Anhängern entstanden ist, die ein Interesse daran hat, diese Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen. Oder wird ein Spiel ausländischer Kräfte hinter diesem Verfahren gesehen?

Hinterfragt wird auch, wie Taraf die Authentizität der Informationen belegen kann. Ahmet Altan, Co-Herausgeber der Tageszeitung, wundert sich, warum die JournalistInnen der anderen Tageszeitungen heute derartige Fragen stellen, anstatt über die Hintergründe von Ergenekon zu recherchieren und zur Aufklärung beizutragen. Insgesamt ist diese Zurückhaltung in der Tat kaum mehr verständlich.

Neben diesen Skeptikern sind andere Intellektuelle wie beispielsweise Ferhat Kentel, Ahmet Insel, Murat Belge der Auffassung, dass man dieses Verfahren unterstützen und eine restlose und nachhaltige Aufklärung der Verstrickungen fordern müsse (vgl. Taraf vom 17. sowie 18.7.2008; Radikal 2 vom 13.7.2008 und Yeni Aktüel vom 17.7.2008). Ähnlich wie die inzwischen von der DTP eingenommene Haltung müsse man die Aufklärung der dunklen Kapitel und Verbrechen fordern, die bisher im Rahmen des Verfahrens nicht ausreichend thematisiert worden seien. Neben Intellektuellen teilen vor allem die zivilgesellschaftlichen Organisationen diese Haltung, die sich für Demokratisierung und Antirassismus engagieren, unter anderen mit Kampagnen wie „Dur De“ – Sag Stopp, zur Unterstützung des Staatsanwalts (www.durde.org).

Die Diskussion zum Ergenekon-Verfahren spiegelt die seit Monaten andauernde Auseinandersetzung der Eliten wieder. Die Gesellschaft fühlt sich im Rahmen dieser Auseinandersetzung in zwei „Lager“ gepresst. Folge dieser Situation ist eine Zunahme an Verschwörungstheorien, Putschgerüchten und an gegenseitigem Misstrauen. Eine der lang anhaltenden negativen Folgen des Ergenekon-Verfahrens dürfte in einem zentralen Punkt liegen: Sollten die Informationen stimmen, dass Ergenekon Intellektuelle, Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen auf systematische Weise für ihre Pläne instrumentalisiert hat, so dürfte das Misstrauen untereinander und gegeneinander innerhalb der Zivilgesellschaft, der Medienlandschaft und der oppositionellen Kreise enorm gewachsen sein. Auch wenn dieser Aspekt derzeit noch wenig diskutiert wird, so ist die Orientierungslosigkeit in diesem Prozess Ausdruck für eine bevorstehende Krise der Zivilgesellschaft. In diesem Kontext spielt die Tageszeitung Taraf keine weiter denkende Rolle: Angesichts der permanenten Anschuldigungen und Gerüchte, denen die Tageszeitung ausgesetzt ist, verdächtigt sie nun alle, die sich nicht auf ihre Seite (taraf) stellen, Kollaborateure von Ergenekon zu sein. Es bleibt zu hoffen, dass Intellektuelle ihren Einfluss geltend machen können, um der Zivilgesellschaft diese „Krise“ zu ersparen. Anstelle eines Klimas des „Messerwetzens“ wäre eine Auseinandersetzung erforderlich darüber, wie dieser Prozess zur Demokratisierung des Landes beitragen kann und welche Rolle die Zivilgesellschaft hier spielen sollte.

So mancher ist der Ansicht, dass das Ergenekon-Verfahren bereits jetzt einen ersten wichtigen Erfolg verbuchen kann: Die Gefahr eines Militärputsches ist durch die Enthüllungen und Festnahmen von hochrangigen Generälen nunmehr gebannt. Diese Schlussfolgerung scheint jedoch ein wenig voreilig.

Denn auffällig ist, dass bisher lediglich ehemalige Militärangehörige vor den Richter gestellt werden. Zwar werden durch das Verfahren Militärputsche insgesamt diffamiert, aber ob das Vertrauen der Bevölkerung in die Militärs zukünftig Brüche erleidet, ist von den weiteren Entwicklungen abhängig. Ein von Putschisten gereinigtes Militär könnte durchaus sein Ansehen steigern.

Krisenstimmung: Kampf der Eliten

Kurz nach den Parlamentswahlen am 22. Juli 2007, aus denen die AKP mit einem deutlichen Wahlsieg von 46,5 Prozent der Stimmen hervorging, flammte kurzfristig die Hoffnung auf stabilere politische Zeiten auf. Die AKP wurde von vielen weniger aufgrund ihrer Programmatik gewählt, sondern hauptsächlich, weil sie als die einzig verbliebene pro-europäische Reformkraft in diesem Land gehalten wird. Man verband mit einer erstarkten AKP die vage Hoffnung auf Reformen in zentralen Bereichen wie der Kurdenfrage, bei den Grund- und Menschenrechten und einer wirtschaftlichen Stabilisierung. Heute, Anfang Juli 2008, wartet die AKP und mit ihr die gesamte Gesellschaft auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtes in der Sache: Verbot der AKP und 70 ihrer Politiker, ja oder nein.

An dieser Stelle sollen folgende drei Fragen erörtert werden: Ist die AKP tatsächlich die Reformkraft, für die sie noch vor einem Jahr gehalten wurde? Was steckt hinter dem Verbotsverfahren? Was bedeutet die aktuelle Lage für die Demokratisierung dieses Landes?



Foto: Website von T. Erdogan; Sezer, Erdogan und Generalstabschef Büyükanıt.

Reformkraft AKP?

In der gegenwärtigen politischen Gemengelage der Türkei hat es auf den ersten Blick den Anschein, dass es keine politische Kraft jenseits der AKP gibt, die für politische Reformen in Richtung Europa und insbesondere im Bereich Kopenhagener Kriterien eintritt. Wer sich für die Fortsetzung des EU-Beitrittsprozesses und für Reformen einsetzt, müsste sich hinter die AKP stellen. Alle anderen Alternativen sind im Vergleich schlechter und vor allem auch gefährlicher. Denn als Alternativen bieten sich derzeit die CHP, welche im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Militär versuchte, die Wahl von Abdullah Gül zum Staatspräsidenten zu verhindern. Als Option steht zudem die MHP im Raum, deren extrem-nationalistische Spitzen zwar gekappt zu sein scheinen, die insgesamt aber weiterhin einen strikt nationalistischen Kurs verfolgt. Die übrigen Parteien sind insgesamt derart schwach, dass sie kaum die Zehn-Prozent-Hürde überspringen würden. Viele, insbesondere internationale Beobachter, sehen daher gegenwärtig keine Alternative zur AKP.

Zunehmend aber regt sich unter zahlreichen Intellektuellen Unbehagen über ein solches politisches Kalkül. Vielen widerstrebt es, sich auf eine Wahl zwischen diesen Alternativen einzulassen. Auch wenn nur 21 unabhängige Abgeordnete im Parlament vertreten sind, so zeigt dies doch, dass Alternativen möglich sind. Die von vielen Seiten beklagte „Lücke“ im politischen Spektrum könnte nur dann aufgebaut werden, wenn man sich nicht auf ein derartiges politisches Kalkül einlässt. Ansonsten verliert man die Hoffnung und vergisst das Streben nach einer wirklich demokratischen Alternative.

Selbst unter denjenigen, die einer Pro-AKP-Position angesichts fehlender Alternativen im vergangenen Jahr noch zugeneigt waren, macht sich Ernüchterung breit. Denn die AKP hat in dem Jahr seit der Parlamentswahl keine glaubwürdigen oder ernsthaften Schritte unternommen, die es rechtfertigen würden, sie weiterhin als Reformkraft zu bezeichnen.

Nur wenige Wochen nach der Parlamentswahl kündigte die AKP-Regierung die Ausarbeitung einer neuen Verfassung an, die sie bis Jahresende 2007 unter Dach und Fach bringen wollte. Im Auftrag der AKP erarbeiteten angesehene WissenschaftlerInnen, darunter Ergun Özbudun, Levent Koker, Yavuz Atar, Fazil Hüsnü Erdem, Serap Yazici und Zuhtu Arslan, einen Entwurf, der innerhalb der AKP diskutiert und überarbeitet werden sollte. Aus dieser Ankündigung ist lediglich eine Reform der Verfassungsartikel geworden, die das Kopftuchtragen an den Hochschulen verbieten. Der von der AKP überarbeitete Verfassungsentwurf wurde bis heute nicht veröffentlicht.

Die AKP selbst rechtfertigt ihr Vorgehen damit, dass sie das gesamte Verfassungspaket nicht mit der Kopftuchfrage gefährden wolle und sich daher für

ein Herauslösen dieser kritischen Frage aus dem gesamten Verfassungspaket entschieden habe. Diese Begründung überzeugt die demokratischen Kräfte schon deswegen nicht, weil die AKP für diese Reform einen Deal mit der MHP eingegangen war. Selbst wenn man der AKP-Argumentation folgt, bleibt die Frage offen, warum der alternative Verfassungsentwurf noch immer nicht veröffentlicht und zur Diskussion gestellt wurde.

Auch das Vorgehen der AKP bei der Verfassungsreform löste Kritik aus: Die AKP hatte keinerlei Diskussion über die Reform organisiert oder zugelassen, sondern das Problem mit parlamentarischen Mehrheiten von oben zu lösen versucht. Als verkündet wurde, dass sich mit der Verfassungsänderung die Rechtsgrundlage geändert habe und diese nun ohne entsprechende Verfahrensdekrete und Vorschriften umzusetzen sei, löste das einen Protest aus, nicht nur des Hochschulrates YÖK und zahlreicher Hochschuldirektoren. Die AKP hatte sich damit den Widerspruch derjenigen zugezogen, die im Prinzip eine Aufhebung des Verbotes für überfällig halten. Wohlmeinende Kritiker bezeichneten das Vorgehen als handwerklichen Fehler. Insgesamt bestand aber Einigkeit darin, dass man auf diese autoritäre Weise keine Reform in einem derart sensiblen Themenbereich durchpeitschen kann.

Insgesamt hat die AKP mit diesem Vorgehen den Eindruck hinterlassen, auf eine demokratische Partizipation und Einbindung der Gesellschaft in den Reformprozess zu verzichten. Viele zweifeln aufgrund dieser Vorgehensweise die Demokratiefähigkeit der AKP grundlegend an und werfen der AKP populistisches und autoritäres Vorgehen vor.

Mit einem derartigen Vorgehen hat es die AKP auch denjenigen Kreisen leicht gemacht, die der AKP eine

Gefährdung des Laizismus vorwerfen. Dass die CHP und DSP das Verfassungsgericht in der Sache anrief, war ohnehin zu erwarten. Aber aufgrund des nicht organisierten gesellschaftlichen Konsenses hatte das Verfassungsgericht ein leichtes Spiel, die Reform ohne große öffentliche Auseinandersetzung zu kippen. Mit Beschluss vom 5. Juni 2008 entschied das Verfassungsgericht einstimmig, die Verfassungsänderung vom 9. Februar 2008 (Gesetz Nr. 5735) zu annullieren. Die Begründung steht noch aus.

Die Reformbilanz der AKP innerhalb der letzten 12 Monate fällt mehr als schwach aus. So berichtet die Tageszeitung Radikal am 11.4.2008, dass von den angekündigten 114 Gesetzen, welche die AKP-Regierung gemäß ihres eigenen Anpassungsprogrammes vom 18. April 2007 innerhalb des Zeitraumes vom 1. Oktober 2007 bis 30. September 2008 verabschieden wollte, innerhalb der ersten sechs Monate gerade einmal 19 verabschiedet wurden, von denen zehn ohnehin im Gesetzgebungsverfahren waren. Unter diese Gesetzesreformen fallen:

- die am 27. Februar 2008 verabschiedete Reform des Stiftungsgesetzes mit Gesetz-Nr. 5737, welche von vielen ExpertInnen als nicht ausreichend bewertet wird (vgl. www.tesev.org.tr);
- die am 30. April 2008 verabschiedete Reform des berüchtigten Artikels 301. Inwieweit die Reform zu einer Verbesserung der Meinungsfreiheit führt, ist weithin umstritten (vgl.: Oktay Uygun in: www.boell-tr.org). Anstelle der Verunglimpfung „des Türkentums“ wurde nun „die türkische Nation“ gestellt und das Strafmaß wurde auf zwei Jahre herabgesetzt. Die Eröffnung von Strafverfahren nach Artikel 301 wurde an die Zustimmung des Justizministers gekoppelt.

Die Hoffnungen auf eine Fortsetzung des Reformkurses haben sich angesichts dieser doch eher dürftigen Bilanz nicht erfüllt.

Wie das Beispiel der Verfassungsreformen in der Kopftuchfrage zeigt, muss die AKP in sensiblen Politikbereichen stets mit einer Beschwerde von Seiten der CHP beim Verfassungsgericht rechnen.

Sie kann daher ihre satte Mehrheit in Parlament und Regierung sowie das Amt des Staatspräsidenten nicht im gewünschten Maße nutzen. Dennoch ist es nicht überzeugend, die fehlende Reformdynamik der AKP mit Verweis auf diese ungünstige Konstellation zu begründen. Die fehlende Reformdynamik wird auch aus dem europäischen Ausland kritisiert. Es scheint, dass die AKP das Ziel verloren hat und von den stets neu heraufbeschworenen Krisenszenarien ins Trudeln geraten ist. Längst scheint es, dass über die AKP regiert wird. Und das nicht erst seit Einleiten des Schließungsverfahrens gegen die AKP.

Dies hat bei vielen WählerInnen, die ihre Stimme für die Reformpolitik der AKP gegeben haben, zur Enttäuschung geführt.

Was das Verbotsverfahrens gegen die AKP bedeutet



Kaum eine politische Entwicklung in der Türkei löst derartiges Unverständnis und Kopfschütteln aus, als das am 14. März 2008 gegen die AKP und 71 ihrer

Politiker von Generalstaatsanwalt Yalcinkaya eingeleitete Verbotsverfahren, das am 31. März 2008 von den 11 Verfassungsrichtern einstimmig für zulässig erklärt wurde. Die Anklageschrift, welche die AKP innerhalb eines Monats einreichen musste, besteht aus einem Sammelsurium von Zeitungsartikeln über die AKP und aus öffentlichen Verlautbarungen einzelner Politiker. Insgesamt umfasst das AKP-Dossiers im Verfassungsgericht wohl mehrere Meter Akten. Vorgeworfen wird der AKP und ihren Politikern, die laizistische Ordnung des Landes beseitigen zu wollen. Inzwischen hat die AKP ihre schriftliche und mündliche Verteidigung vorgetragen

(vgl. die schriftliche Stellungnahme der AKP vom 30.4.2008

www.akparti.org.tr/iddianame_cevap_en.pdf).

In dem knapp 100 Seiten langen Dokument betont die AKP im wesentlichen, dass die Anklageschrift sich nicht auf Fakten, sondern auf Interpretationen berufe. Die AKP bezieht sich ferner in ihrer Argumentation gegen die Anklage auf internationale und europäische Rechtsquellen und –urteile.

Nach Ansicht von VerfassungsjuristInnen dürfte die AKP bei einem Verbot durchaus Aussichten auf Erfolg haben, sollte sie sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden (vgl. Türkeivertretung der Heinrich-Böll-Stiftung / Goethe-Institut, Istanbul / Deutsch-Türkischer Kulturrat (eds.): Menschenrechte und Menschenwürde: Garant einer demokratischen Ordnung, 2008, Istanbul (forthcoming).

Jeder politisch Denkende in der Türkei weiß, dass dieses Verbotsverfahren aus der Luft gegriffen ist. Allerdings ist deutlich, dass eine ideologische Front gegen die AKP aufgebaut wurde, aus den Reihen der Politik, Medien und der Wissenschaft. Was Antonio Gramsci seinerzeit als „organische

Intellektuelle“ bezeichnete, konnten viele während der vergangenen sechs Monate dieses Jahres praktisch erfahren. Nicht wenige fühlten sich einer Indoktrination ausgesetzt, bei der Sachlichkeit immer mehr an Wert verlor und plakative Beispiele eines vermeintlich zunehmenden Islamismus die Stimmung anheizten. Die Aufmerksamkeit wurde „plötzlich“ auf Fethullah Gülen und seine Ausbildungseinrichtungen gelenkt. Einrichtungen, die seit Mitte der 80er Jahre in der Türkei errichtet wurden und aufgrund des miserablen Bildungssystems in der Türkei und der im Vergleich dazu hohen Qualität dieser Institute beachtlichen Zulauf haben. Die Tageszeitung Taraf, die sich nicht auf die AKP-Hetzjagd einlassen wollte, wurde als von „Fethullah Gülen gesponsort, infiltriert oder gar dominiert“ bezeichnet und diffamiert.

Selbst international angesehene WissenschaftlerInnen, die seit Jahren zum Themen wie Religion, Politik und Gesellschaft in der Türkei forschen, lassen sich dazu hinreißen, Gesetzesreformen der AKP im Genderbereich als unwesentlich zu bezeichnen. Um die Auswirkungen des Islamismus zu verstehen, dem diese Gesellschaft ausgesetzt ist, genügt es, sich vor Augen zu führen, dass Ehepaare mit Strafen zu rechnen haben, wenn sie sich in der Öffentlichkeit küssen. Der Konservatismus dieser Gesellschaft und die Repressionen gegen Frauen stellen ein Phänomen der Mehrheit dieser Gesellschaft dar und sind nicht auf die AKP oder deren Regierungszeit zurückzuführen.

Angesichts einer derartigen Desinformationspolitik fällt eine sachliche Auseinandersetzung und Orientierung für die BürgerInnen zunehmend schwer. Fragen, beispielsweise warum keine politische Partei, die in den letzten Jahrzehnten vor der AKP an der Regierung war, sich für Demokratisierung, Geschlechterdemokratie und

vieles mehr eingesetzt hat oder warum Religionsunterricht bereits unter den Militärs als Pflichtfach an den Schulen eingeführt wurde, können derzeit nicht gestellt werden.

Angesichts dieser Situation war es schwierig für die AKP, beim Verbotsverfahren in die Offensive zu gehen, wie von einigen Politikern und Intellektuellen gefordert. Hätte sie versucht, per Verfassungsänderung Parteiverbote insgesamt zu erschweren, wäre sie einerseits auf die Unterstützung von Abgeordneten anderer Fraktionen angewiesen gewesen. Zudem hätte dies einen schlechten Nachgeschmack hinterlassen: Die AKP ändere die Verfassung für eigene Zwecke. Als weitere Option hätte die Möglichkeit bestanden, die längst angekündigte Verfassungsreform anzugehen und sich die Unterstützung der demokratisch gesinnten Kräfte zu sichern, die sich nicht in die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft treiben lassen wollten. Dennoch war der Zeitpunkt für eine Demokratisierung der Verfassung angesichts der bestehenden Konstellation problematisch. Führende politische Oppositionelle aus dem parteilosen Spektrum hatten bereits im Herbst 2007 auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in Ankara aufgrund des zunehmenden Nationalismus in der Türkei ihre Skepsis gegenüber einem erfolgreichen verfassungsgebenden Prozess geäußert.

Letztlich hat sich die AKP zu einer abwartenden Haltung entschieden und verbreitet offensichtlich bis zur letzten Minute Optimismus. Inzwischen wurde das Gutachten des Berichtstatters am Verfassungsgericht, Osman Can, fertig gestellt. Das hält ein Verbot der AKP nicht für möglich (vgl. Tageszeitungen, 17.7.2008). Dennoch beeilte sich der Vorsitzende am Verfassungsgericht, Hasim Kilic, darauf hinzuweisen, dass dieser Bericht nur der Entscheidungsfindung diene und kein Vorrecht für

die Entscheidung sei. Das Verfassungsgericht habe sich in der Kopftuchfrage ja auch nicht der Meinung des Berichtstatters Osman Can angeschlossen, der das Verfassungsgericht in der Sache nicht für zuständig hielt und die Verfassungsklage abgelehnt hatte (ebd.).

Zahlreiche westliche Beobachter werfen in den vergangenen Monaten immer wieder die Frage auf, warum sich kein Protest gegen das Verbotsverfahren regt und warum die Gesellschaft passiv bleibt. Ein wesentlicher Grund dürfte in dieser ideologisch aufgeladenen Auseinandersetzung zu suchen sein. Man will sich von keiner der beiden Seiten instrumentalisieren lassen und fühlt sich angesichts der Diffamierungskampagne an die Wand gedrückt. Schließlich werden seit zahlreichen Wochen immer wieder Putschgerüchte durch die Medien verbreitet. Diese Putschgerüchte haben den Sinn, die Bevölkerung einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.

Das Verfahren gegen die AKP vor dem Verfassungsgericht hat zudem eine weitere, nicht zu unterschätzende Bedeutung. Das Verfassungsgericht wurde zum Kampfinstrument der Kemalisten missbraucht und verlor jegliche Legitimität. Damit gerieten die demokratischen Regeln aus den Fugen, und keine politische Kraft ist mehr vor einem Verbot sicher. Es kann jeden treffen, der bestimmten Kräften im Wege steht. Und es führt zu einer in diesen Monaten häufig anzutreffenden fatalistischen Haltung: Das ist die Türkei, hier ist einfach alles möglich.

Fazit

In der Rückschau war absehbar, dass der Wahlsieg der AKP im Juli und die Wahl von Abdullah Gül zum Staatspräsidenten im August 2007 allenfalls ein

Etappensieg darstellte und der Kampf zwischen den alten und neuen Eliten nicht ausgestanden sein würde. Trotz weitreichender Befugnisse war auch Abdullah Gül als Staatspräsident letztlich machtlos gegenüber dem Vorgehen des Verfassungsgerichtes, das bereits im Frühjahr 2007 seine Unabhängigkeit an den Nagel gehängt und sich auf die Seite der Kemalisten gestellt hatte. Das Einleiten eines Verbotsverfahrens gegen die AKP wird von allen Experten – Juristen und Intellektuellen – nur noch mit Kopfschütteln kommentiert. Ob dieses Verbotsverfahren der AKP schadet, ist unsicher. Sicher aber ist, dass das Verfassungsgericht jegliches Ansehen in der Bevölkerung verloren hat. Man wird – wie auch beim DTP-Verbotsverfahren – Zuschauer einer Art Katz und Maus-Spiel: Die Partei wird verboten und später unter neuem Namen wieder gegründet. Die DTP bringt es immerhin auf bereits vier unterschiedliche Namen im Laufe ihrer jungen Geschichte seit Anfang der 1990er Jahre.

Seit der Einleitung des Parteiverbots gegen die AKP im März 2008 steht die Politik dieses Landes mehr oder weniger still. Im Prinzip stehen alle Politikbereiche im Schatten dieser Entwicklungen und werden mehr oder weniger öffentlich nicht mehr wahrgenommen.

Rückschritte in der Kurdenfrage

Bereits wenige Monate nach der Parlamentswahl zerschlugen sich die Hoffnungen auf politische Schritte in der Kurdenfrage. Der anfängliche Optimismus basierte auf folgenden Annahmen:

- die AKP ist nach der Parlamentswahl 2007 stark genug, um politische Schritte in der Kurdenfrage einzuleiten
- die AKP ist politisch zu Reformen in der Kurdenfrage bereit, auch weil AKP-Abgeordnete aus den kurdischen Gebieten im Parlament vertreten sind

- die 20 unabhängigen Abgeordneten der DTP können als GesprächspartnerInnen fungieren
- Verkrustungen innerhalb der kurdischen Bewegung sind teilweise aufgebrochen und können den Weg zu politischen Lösungen öffnen

Trotz des militärischen Vorgehens der Regierung in der Kurdenfrage sendete Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan zudem immer wieder Signale in die Richtung aus, dass es „einen umfassenden Plan“ zur zivilen Bearbeitung der Kurdenfrage gebe. Er erweckte den Eindruck, dass das militärische Vorgehen eher einer Rücksichtnahme auf das Militär als einer politischen Einsicht geschuldet sei. Auch US-Außenministerin Condoleezza Rice verkündete während der Luftangriffe auf PKK-Stellungen im Nordirak, dass die türkische Regierung einen Plan zur Lösung der Kurdenfrage habe. Erdogan kündigte ebenso ein Gesetz an, das den PKK-Anhängern ermöglichen sollte, aus den Bergen zu kommen. Damit nährte er immer wieder Hoffnungen.

Allerdings war auch zu erkennen, dass sich die AKP durch ihre deutlich besseren Wahlergebnisse in den kurdischen Gebieten im Vergleich zur Parlamentswahl 2002 ihrer Sache sehr sicher war.

In der Tat hatte die DTP während der Parlamentswahlen 2007 deutlich an Stimmen eingebüßt, was auf eine Enttäuschung über die DTP-Politik zurückgeführt wird. Insbesondere die lokal gewählten VertreterInnen der DTP haben nicht genug aus ihrem „Kapital“ gemacht und sich nicht ausreichend für eine Verbesserung der Lage eingesetzt. Außerdem waren zahlreiche Mitglieder von zivilgesellschaftlichen Organisationen die wiederholten bekannten ideologischen Phrasen leid, die zur Befriedung der Lage nicht konstruktiv seien.



Buchtitel der Konferenzdokumentation, 2007

Schließlich forderte man klarere und realistische Konzepte für die Region und vor allem auch ein Ende der Gewalt.

Dies zeigte sich Ende September 2007 während der von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskammer Diyarbakir durchgeführten zweitägigen Konferenz zur Kurdenfrage sehr deutlich. Selten zuvor waren die DTP-VertreterInnen derart deutlich mit Kritik aus den eigenen Reihen konfrontiert worden. Erfrischend offen und lebendig waren die Diskussionen über soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Forderungen und Ansätze zur Überwindung der Kurdenproblematik (Konferenzdokumentation unter www.boell-tr.org, gegen Portogebühren). Trotz dieser Öffnung fehlte jedoch auf Regierungsseite jede positive Initiative, die diese Entwicklung weiter fördern könnte.

Ende September 2007 verdichteten sich Meldungen über erneute Angriffe der PKK aus dem Nordirak

gegen türkische Militärstellungen in den kurdischen Gebieten der Türkei. Von besonderer Bedeutung war der Angriff von PKK-Kräften auf einen Militärstützpunkt in Daglica, nahe der irakisch-türkischen Grenze. Bei diesem Angriff kamen 13 Soldaten ums Leben. Erneut wurde die Bevölkerung einer medialen, nationalistischen Schlacht ausgesetzt, Beerdigungsfeiern von gefallenen Soldaten wurden zu nationalistischen Demonstrationen missbraucht. Die Tonart im Parlament gegen die pro-kurdische DTP verschlechterte sich zunehmend. Diese wurde von Ministerpräsident Erdogan und der CHP aufgefordert, die PKK öffentlich als Terrororganisation zu bezeichnen und sich von dieser zu distanzieren. Andernfalls sei die DTP als verlängerter Arm der PKK zu begreifen. Erdogan verweigerte fortan jedes Gespräch mit den gewählten VertreterInnen der DTP. Zunehmend unter Druck geraten, verschärfen auch einige DTP-Abgeordnete ihre Haltung und ließen sich auf die Eskalation ein.

Angesichts dieser erneut auf Gewalt setzenden Atmosphäre geriet die pro-kurdische Partei DTP zunehmend in Bedrängnis. Der Generalstaatsanwalt Yalcinkaya beantragte am 16. November 2007 ein Verbotsverfahren gegen die DTP, das knapp eine Woche später angenommen wurde. Insgesamt sollten 221 DTP-PolitikerInnen, darunter acht Parlamentsabgeordnete mit einem fünfjährigen Parteiverbot belegt werden. Neben führenden DTP-VertreterInnen sollte das Verbot auch die über zehn Jahre inhaftierten Leyla Zana, Selim Sakik und Hatip Dicle betreffen.

Zum Zeichen der Solidarität mit den gewählten RepräsentantInnen der DTP besuchte am 20.11.2007 eine Gruppe von angesehenen VertreterInnen der Zivilgesellschaft die DTP-Fraktion im Parlament.

Die DTP muss ihre mündliche Verteidigung am 16. September 2008 ablegen. Danach entscheiden die Verfassungsrichter über den jüngsten Versuch, auf parlamentarischem Weg zu einer Verständigung in der Kurdenfrage zu gelangen.

Die Eskalation in der Kurdenfrage hat sicher nicht dazu beigetragen, dass die Kräfte innerhalb der DTP gestärkt wurden, die für eine friedliche Bearbeitung der Kurdenfrage und für eine demokratische Öffnung in den kurdischen Gebieten eintreten. Innerhalb der DTP zeigten sich in den vergangenen Monaten erste Risse zwischen diesen zwei Lagern. Diese scheinen zwar vorerst überwunden zu sein, als einer der Protagonisten, Ahmet Türk, für eine Öffnungspolitik auf dem bevorstehenden außerordentlichen Parteikongress am 20. Juli 2008 erneut als Vorsitzender bestätigt werden soll. Aber falls die DTP verboten werden sollte, dürfte sich diese Frage erneut stellen. Insgesamt macht sich auch Müdigkeit angesichts dieses schon mehrfach wiederholten Spiels breit: Gründen einer Partei, Verbot, Gründen unter neuem Namen, erneutes Verbot. Auf Dauer kann eine Gesellschaft den Umgang mit einem sozialen und gesellschaftlichen Phänomen wie der Kurdenfrage so nicht handhaben. Die Zeit dürfte langsam für vernünftigeren Schritte gekommen sein.

Das Militär gewinnt die Oberhand

Am 17. Oktober 2007 fällte das türkische Parlament den für ein Jahr gültigen Vorratsbeschluss, wonach die türkische Regierung berechtigt ist, dem türkischen Militär die Erlaubnis zu grenzüberschreitenden Operationen in den Nordirak zur Verfolgung der PKK zu erteilen. Bis auf einen Abgeordneten der CHP, 16 DTP-Abgeordnete und 2 Unabhängige haben alle Abgeordneten der Opposition für diesen Vorratsbeschluss gestimmt.

Von der AKP und insbesondere von Ministerpräsident Erdogan wurden zunächst Signale ausgesendet, dass ein solcher Beschluss nicht umgesetzt werden müsse und grenzüberschreitende Operationen auch in der Vergangenheit nicht zum Ziel geführt hätten. Diese Signale deuteten darauf hin, dass man diesen Schritt zur „Beruhigung der Opposition und Militärs“ vorgenommen hat. Doch diese Beruhigungsbotschaften stimmten mit der Realität nicht überein.

Denn trotz dieser kritischen Äußerungen von Ministerpräsident Erdogan gegenüber Militäroperationen bombardierte das Militär am 16., am 22. und am 24. Dezember 2007 den Nordirak. Die Luftschläge, so der offizielle Sprachgebrauch, seien zielsicher und ausschließlich auf PKK-Lager gerichtet. Man sei bemüht, die kurdische Bevölkerung des Irak zu verschonen und ziele auf keine Destabilisierung des Irak. Ähnlich wie zu Zeiten des Irakkrieges 2003 konnte man an den Fernsehbildschirmen die Bombenangriffe mitverfolgen. Betont wurde immer wieder die gute Kooperation mit dem US-amerikanischen und mit dem israelischen Geheimdienst, womit die Legitimität und die internationale Unterstützung des militärischen Vorgehens unterstrichen wurde. Insgesamt erhielt die türkische Regierung „grünes Licht“ für das Vorgehen, wenn auch mit besorgten Untertönen bezüglich des labilen Gleichgewichtes im Irak.

Auch im Jahr 2008 brach die Kette der Gewalt nicht ab. Am 4. Januar 2008 explodierte mitten in Diyarbakir eine Bombe und riss mehrere Menschen in den Tod, über 60 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Angeblich wollte die PKK ein Militärlager treffen, die Bombe sei aber zu früh explodiert und habe dadurch Zivilisten getroffen.



Foto: Einmarsch türkischer Bodentruppen in den Nordirak, 22.2.2008

Die am 21. Februar 2008 eingeleiteten Bodenoperationen des türkischen Militärs hingegen erregten im Unterschied zu den Bombardierungen von 2007 die internationale Öffentlichkeit, führten zu intensivem diplomatischen Verkehr und letztlich zu einer überraschenden Beendigung der Operationen am 29. Februar (eine Chronologie der Militäroperationen in den Nordirak seit Ende der 1980er Jahre findet sich auf der Website der Tageszeitung Sabah vom 22.2.2008: www.sabah.com.tr; zum Eindruck für die Medienkampagne vgl. das Video:

http://www.sabah.com.tr/video_detay,67c8477542ffd46cc3d6a2368eb8042a~1.html).

Die Bombardements gegen den Nordirak dauern auch im Sommer 2008 an, werden aber angesichts der politischen Krise in der Türkei von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Ebenso häufen sich bisher nicht bestätigte Nachrichten aus den kurdischen Gebieten über erneute Dorfräumungen.

Erschütternd sind jüngste Erkenntnisse, dass das türkische Militär den Tod von 13 Soldaten, die bei dem Angriff der PKK auf den Militärstützpunkt in Daglica im Oktober 2007 ums Leben kamen, bewusst in Kauf genommen hat. Bei dem Angriff wurden auch acht Soldaten von der PKK als Geiseln genommen. Diese wurden nach Freilassung vor einem Militärgericht angeklagt und in den Medien als Verräter und Überläufer diskreditiert.

Nach Veröffentlichungen der Tageszeitung Taraf vom 29.6.2008 war das Militär bereits vorab von dem bevorstehenden Angriff informiert. Anstatt sich entsprechend darauf vorzubereiten, wurde der PKK nachgerade zu einem Erfolg verholfen:

- der Kommandierende des Stützpunktes war auf einer Hochzeit und zum Zeitpunkt des Angriffes nicht erreichbar, das heißt der Stützpunkt war ohne Anweisungen; drei weitere Kommandeure waren im Urlaub;
- trotz Gesuch erhielt die Einheit keine Hubschrauber;
- kurz vor dem Angriff wurde ein Teil der Handgranaten abgezogen, insgesamt gab es 30 Stück, einige der wachhabenden Soldaten waren daher nicht bewaffnet; die Handgranaten gingen während des Gefechtes aus;
- die Anzahl der stationierten Soldaten wurde von 250 auf 80 reduziert, eine Teil davon an einem anderen Ort eingesetzt.

Dieser Bericht wurde vom Generalstab bestätigt.

Der Eindruck, dass die Eskalation in der Kurdenfrage bewusst in Kauf genommen wurde, lässt sich kaum von der Hand weisen. Bereits früher gab es immer wieder Hinweise darauf, dass das Militär und die PKK zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Bedeutung kein gesondertes Interesse an einer Deeskalation in der Kurdenfrage haben. Das Vorgehen im Fall Daglica und die Entwicklungen danach deuten in diese Richtung.

Der Generalstab beschwor zwei Gefahren in der Türkei: Islamismus und Separatismus. Beide Themen sind in den letzten zwölf Monaten auf der Agenda, so dass es nicht verwundert, dass die Medien seit Wochen über einen potentiell bevorstehenden Putsch schreiben.



neue Verfassung der Türkei haben müsste, um die Menschen- und Minderheitenrechte zu achten.

Verzweifelte Friedensappelle

Bedeutend ist, dass die demokratischen Kreise zunächst wie gelähmt gegenüber dieser auch medial geführten Schlacht und der zugespitzten nationalistischen Stimmung standen. Noch unter dem Eindruck von dem Mord an Hrant Dink, der die demokratischen Kräfte nachhaltig erschütterte, wagte zunächst kaum jemand, sich öffentlich gegen die Militäroperationen zu stellen. Verzweifelt bemühte man sich, möglichst hochrangige und angesehene Intellektuelle zusammenzurufen und zivile Schritte in der Kurdenfrage zu fordern.

Unterschiedliche Kreise und zivilgesellschaftliche Organisationen bemühten sich in den vergangenen zwölf Monaten wiederholt, an beide Seiten zu appellieren und die Basis für eine friedliche Bearbeitung der Kurdenfrage zu schaffen. Durchaus richteten sich diese Appelle immer an beide Seiten und insbesondere auch an die PKK, die Waffen niederzulegen. So forderten am 8. November über 252 Organisationen die PKK, einer friedlichen Lösung nicht im Weg zu stehen (vgl. www.bianet.org/bianet/kategori/bianet/102792/252-orguten-silahlar-sussun-cagrisi). Ebenso fanden im vergangenen Jahr mehrere Kongresse des so genannten Friedensparlaments statt, eine Initiative türkischer und kurdischer Intellektueller. In Anwesenheit von mehreren hundert TeilnehmerInnen des Friedenskongresses am 17. und 18. November 2007 in Ankara wurde durchaus DTP-kritisch über Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine friedliche Bearbeitung der Kurdenfrage diskutiert (www.barismeclisi.org). Auf dem Treffen am 9. und 10. Februar 2008 diskutierte das Friedensparlament, welche Voraussetzungen eine Politischer Jahresbericht 2007/2008, Türkei

Eine Delegation von WissenschaftlerInnen, Intellektuellen und VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen statteten am 18. Februar 2008 Staatspräsident Gül einen Besuch ab und appellierte an die türkische Regierung, die gewählten RepräsentantInnen in den kurdischen Gebieten als AnsprechpartnerInnen für zivile Schritte ernst zu nehmen. Erneut appellierten die Vorsitzenden der Rechtsanwaltskammern aus den kurdischen Gebieten am 26. Februar 2008 an eine Beendigung der Gewalt.

Auf einem Treffen von VertreterInnen aus 17 unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Ministerpräsident Erdogan am 8. April 2008 brach ein offener Konflikt zwischen Erdogan und dem Vorsitzenden der Rechtsanwaltskammer Diyarbakir, Sezgin Tanrikulu aus, als dieser von der türkischen Regierung endlich Fortschritte in der Sprachenfrage forderte. Erdogan machte deutlich, dass beim muttersprachlichen Unterricht mit ihm nicht zu verhandeln sei. Sezgin Tanrikulu, der für sein Engagement für eine friedliche Lösung bekannt ist, veröffentlichte daraufhin eine Stellungnahme, in der er auf die Praxis in europäischen Ländern verwies (vgl. http://www.boell-tr.org/news_item.aspx?id=36).

Am 1. Juni 2008 fand in Kadiköy/Istanbul eine breit unterstützte Demonstration für den Frieden mit dem Slogan „Wir wollen eine demokratische Lösung in der Kurdenfrage. Wir wollen nicht den Tod, wir wollen eine Lösung“. Die Demonstration wurde von rund 240 Intellektuellen, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und PolitikerInnen mit einem gesonderten Aufruf unterstützt.

Ein Aufruf von über 1000 Intellektuellen, Politikern, Anwälten aus dem In- und Ausland vom 20. Mai 2008 blieb in den türkischen Tageszeitungen nahezu ohne Widerhall

(vgl.

www.bianet.org/bianet/kategori/bianet/107100/kurt-sorunu-icin-le-monde-ve-herald-tribunea-ilan).



Sezgin Tanrikulu, Vorsitzender RA-Kammer Diyarbakir

In dem Aufruf wurde u.a. eine internationale Vermittlung in der Kurdenfrage durch Ahtissari, Tony Blair und andere prominente PolitikerInnen gefordert.

Aus all diesen Initiativen ist deutlich zu erkennen, dass eine steigende Zahl kurdischer Intellektueller und VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen jegliche Gewalt ablehnen. Qualitativ hat sich die Zusammenarbeit zwischen der türkischen und kurdischen demokratischen Opposition verbessert. Doch all diese positiven Entwicklungen können angesichts der Sprache der Gewalt keine Dynamik entfalten.

Zusammenfassung

Vor einem Jahr war nicht absehbar, wie das Militär auf einen potentiellen Wahlsieg der AKP reagieren Politischer Jahresbericht 2007/2008, Türkei

würde. Dennoch bestand die Hoffnung, dass eine AKP-Regierung mit einer stabilen Mehrheit den Reformkurs wieder aufnehmen und das Land einer Öffnung näher bringen könne. Ein Jahr nach der Parlamentswahl steht das Land vor vielen offenen Fragen, unter anderen: Wird die Regierungspartei verboten oder nicht? Was passiert, wenn sie verboten wird? Wird es eine Interimsregierung geben? Was passiert mit den AKPlern wie Erdogan, die von einem Verbot betroffen sein würden. Ist dies die letzte Schlacht zwischen den alten und neuen Eliten? Oder ist mit weiterer Destabilisierung und mit weiteren Krisen zu rechnen? Wie wird das Ergenekon-Verfahren weiter geführt? Welche weiteren Kreise sind in die Verschwörungen verwickelt? Welche JournalistInnen und WissenschaftlerInnen und welche zivilgesellschaftlichen Organisationen haben Verbindungen zu Ergenekon? Wird es gelingen, die Hauptverantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen? Wird es gelingen, extralegale Hinrichtungen, Verschwindenlassen und andere Menschenrechtsverletzungen aufzuklären? Wird dieses Verfahren zu einer Öffnung der Gesellschaft beitragen? Oder trägt das nur zu einem Reinigungsprozess innerhalb von Ergenekon bei?

Auf diese Fragen gibt es derzeit keine verlässliche Antwort. Wie stark internationale Akteure auf das Geschehen Einfluss haben, ist schwer zu bemessen. Die Tatsache, dass das AKP-Verbotsverfahren eingeleitet und zugelassen wurde, spricht wenig für eine Rücksichtnahme auf internationale Appelle. Die Zukunft dieses Landes ist heute so offen wie selten zuvor. Abhängig von diesen Entwicklungen wird auch die Zukunft der türkisch-europäischen Beziehungen sein. Eine Prognose zu wagen, wäre unverantwortlich und bleibt daher an dieser Stelle aus.

Es zeigt sich aber, dass der lange und mühsame Weg auch Früchte trägt und die (Zivil-)Gesellschaft deutlich weiter ist als noch vor wenigen Jahren.

Angesichts dieser Situation ist es um so wichtiger, sich die gesellschaftlichen Entwicklungen jenseits von Militär, Ergenekon und Parteischließungsverfahren immer wieder vor Augen zu führen. Viele Intellektuelle sind der Auffassung, dass die Gesellschaft letztlich einer demokratischen Öffnung näher steht, als ein Teil der Eliten. So ist bekannt, dass beispielsweise rund 60 Prozent der Bevölkerung ein Kopftuchverbot für unzeitgemäß halten; nicht aus Religiosität, sondern weil für sie ein Kopftuch nicht notwendig ein politisch-ideologisches Symbol darstellt. Ebenso zeigt sich bei der Frage der Öffnung der Gesellschaft, dass mittlerweile zahlreiche Initiativen bestehen, die sich hierfür stark machen. Gewalt als Mittel, um politische Ziele zu erreichen, wird zunehmend abgelehnt. Auch aus Kreisen, die dies vor wenigen Jahren noch anders gesehen haben.

Klimawandel – Trockenheit – Energie

Wenn es in der Türkei ein Thema in den vergangenen zwölf Monaten schaffte, in die Schlagzeilen zu geraten, dann der Wassermangel und die Trockenheit. Im Sommer 2007 schien es, dass die Großstädte und Ballungsgebiete wie Istanbul und Ankara bald ohne Wasser sein würden. Was eine Großstadt ohne Wasser bedeutet, konnte die Hauptstadt für zwei Wochen lang erfahren: Krankenhäuser mussten geschlossen werden, die Bevölkerung wurde vom AKP-Oberbürgermeister dazu aufgefordert, in den Urlaub zu fahren und die Stadt zu verlassen. Die Menschen erhielten Lektionen darüber, wie sie sich wassersparend zu

waschen haben: an einem Tag die rechte Körperhälfte, am anderen die linke. Das war kein Scherz.

Jetzt treten die Folgen der Trockenheit immer deutlicher zu Tage. Im Sommer 2008 sind nach offiziellen Angaben von Umwelt- und Forstminister Veysel Eroğlu die Städte Ankara, Aydın, Çorum, Erzurum, Nevşehir, Sinop und Şırnak vom Wassermangel betroffen. Es wird befürchtet, dass bis zum Jahr 2010 sich die Anzahl der Städte ohne ausreichendes Wasser auf 34 erhöhen wird. Insbesondere von Wassermangel betroffen sind die wirtschaftlich sowieso schon im Vergleich zum Landesdurchschnitt am wenigsten entwickelten Gebiete wie der Südosten der Türkei. Die dort vorhandenen Wasservorräte in den Reservoirs sind um 50 bis 70 Prozent niedriger als im vergangenen Jahr. Damals stand nicht ausreichend Wasser für die Landwirtschaft zur Verfügung (*www.time.turk.com, 18.7.2008*).

Die landwirtschaftliche Produktion hatte bereits im vergangenen Jahr mit Rückgängen zu kämpfen. Im Frühsommer 2008 kamen erste alarmierende Meldungen aus einigen Landesteilen der Türkei. Im Südosten hat die Trockenheit ein Ausmaß erreicht, so dass viele Menschen ihre Dörfer verließen. (CNN, 24.6.2008). Dies sei auf einen überdurchschnittlich hohen Rückgang der Regenfälle von 49 Prozent zurückzuführen, sagte der Vorsitzende der Landwirtschaftskammern der Türkei (vgl. *www.sendika.org*) am 8. Juli 2008. Insbesondere sei aus der Region auch von einem deutlichen Rückgang der Viehzucht zu berichten (Zaman, 16.7.2008). Ministerpräsident Erdogan hat daher angekündigt, den Bauern, die durch die Trockenheit über 30 Prozent ihrer Ernte verlören, eine so genannte Trockenheitsunterstützung zukommen zu lassen (Referans Gazetesi, 16.7.2008). In der Türkei wird in diesem Kontext vorrangig die Einführung von

modernen Bewässerungsmethoden in der Landwirtschaft diskutiert, da die Landwirtschaft nahezu 50 Prozent des Wasserkonsums in der Türkei verursacht. Dennoch fordern die türkischen Umweltverbände eine umfassende Politik, die den Klimaschutz auf ihre Fahnen schreibt.

In den offiziellen Verlautbarungen wird jedoch selten eine Verbindung zwischen der Wasserknappheit und dem Klimawandel hergestellt. Wie in vielen anderen Bereichen, die Umweltfragen betreffen, wird das Problem auf Techniken reduziert. Eine umfassende Politik lassen die Regierungen der letzten Jahre jedoch vermissen.

Kyoto-Protokoll

Die am 30. Juni 2008 gegründete Grüne Partei in der Türkei ist auf Umweltfragen spezialisiert, insbesondere auf Energiepolitik und Klimapolitik. Gemeinsam mit anderen Umweltorganisationen führten sie eine Kampagne zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch. Am 3. Juni 2008 entschied die türkische Regierung das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. Dennoch hat es den Anschein, dass die Motivation weniger der Klimaschutz ist als vielmehr die Einsicht, dass die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls Voraussetzung dafür ist, bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen mitreden zu können. Von der türkischen Wirtschaft wird die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls kritisch bewertet und auf potentielle Nachteile für die türkische Wirtschaft verwiesen (Sabah, 2.6.2008). Der Unternehmerverband TÜSIAD sieht in der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls die Chance, für die Jahre nach 2012

Sonderkonditionen für die Türkei auszuhandeln. Würde die Türkei nicht bis 2009 unterzeichnet und ratifiziert haben, wäre sie dieser Chance beraubt.



Plakat einer Konferenz der hbs mit den türkischen Grünen zum Thema: Klimawandel – Trockenheit und Landwirtschaft, 27/28.10.07

Schließlich muss die Türkei auf dem Weg in die EU ohnehin dem Kyoto-Protokoll beitreten. Deutlich ist, dass der Klimawandel und der Klimaschutz bei der Diskussion nicht erwähnt wird.



Die Kammer der Umweltingenieure in der Türkei ist mit dem Argument entschieden gegen die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls, dass damit die Entwicklungschancen der Türkei gemindert würden. Schließlich seien die reichen Ländern die Hauptverantwortlichen für den CO2-Ausstoß, also

sollten diese auch die Last tragen (www.cmo.org.tr). Dieses Argument spielt bei zahlreichen Organisationen in der Türkei eine wichtige Rolle, insbesondere bei den Kammern. So behauptet die Kammer für Landwirtschaft, die eher eine nationalistische Haltung einnimmt, dass die internationale Staatengemeinschaft und „der Westen“ eine wirtschaftliche Entwicklung der Türkei ausbremsen. Allenfalls gehe es „dem Westen“ darum, veraltete Technologie an die Türkei zu verkaufen und im eigenen Land energieeffiziente, umweltfreundliche Technologie zu produzieren und einzusetzen. Diese Argumentation findet sich im gesamten Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes sowie bei der Energiepolitik wieder und findet insbesondere in den Zeiten des steigenden Nationalismus breiten Anklang. Jede Kritik an der Politik der Regierung, etwa beim Bau von AKW oder von Kohlekraftwerken, wird mit diesem Argument zunichte gemacht.

In der Türkei ist seit Herbst 2007 ein Anstieg der Energiepreise (Strom um 40 Prozent) und Preise für Öl und Gas ebenfalls um etwa 40 Prozent zu verzeichnen. Die bisherige Politik der türkischen Regierung besteht in einer Diversifizierung der Energiequellen und versteht darin den verstärkten Ausbau der Kohlekraftwerke (vorgesehen ist der Bau von neun Kohlekraftwerken) sowie den Einstieg in die Kernenergie. Das entsprechende Gesetz wurde im Frühjahr 2007 verabschiedet. Auch erneuerbare Energien und

Energieeffizienz sind durchaus Teil der offiziellen Politik. Allerdings fehlen die Instrumente und Anreize zur Investition in diese Bereiche. Obwohl Energieeffizienz als eine Form der Energiequelle zu betrachten wäre. Die Türkei könnte rund 40 Prozent ihres Konsums durch Effizienzsteigerung reduzieren. Zwar wurde das Jahr 2008 von der Regierung zum



ENVER-Männchen, Symbol für Energieeffizienz-kampagne der Regierung 2008

<http://www.antalya.gov.tr/dosyalar/macera.pdf>

Energieeffizienzjahr ausgerufen, aber bisher wissen dies nur eingeweihte Kreise an den Energieinstituten der Hochschulen. Das „offizielle“ Energieeffizienzmannchen Enver (Abkürzung von Energieeffizienz, enerji verimliliği) ist in der Öffentlichkeit nicht bekannt.

Ebenso fehlen zur Durchsetzung einer entsprechenden Politik, wie etwa von Energiepässen für Gebäude, entsprechende Richtlinien.

Die Regierung unternimmt zwar Schritte, um Energie zu sparen und erneuerbare Energien publik zu machen. Im Vergleich zum enormen Tempo, mit dem sie den Bau von Kohlekraft- und Kernkraftwerken vorantreibt, legt sie in diesem Bereich eher ein Schneckentempo an den Tag.

Ausblick

Derzeit ist der Weg des Landes so offen wie kaum zuvor. Dies dürfte mit zu der Orientierungslosigkeit und zum allgemeinen Schweigen beitragen, das die Intellektuellen dieses Landes derzeit umhüllt. Auch wenn sich viele in dieser Gesellschaft dagegen wehren, auf die eine oder andere Seite des Konfliktes zwischen kemalistischer Elite und AKP-AnhängerInnenenschaft gedrängt zu werden, lässt die aufgeheizte Stimmung in der Öffentlichkeit dies kaum zu. So sehr sich demokratisch gesinnte Kreise über das Ergenekon-Verfahren und das Aufdecken der Machenschaften freuen, so sehr steckt in vielen auch das Misstrauen, dass dieses Verfahren möglicherweise „nur“ Teil des ersten Konfliktes ist und nicht zu dem führen wird, wonach sich diese Kreise sehnen: Demokratie und Reformen. Eine Gesellschaft, die seit über einem Jahr von permanenten Krisen aufgeschreckt wird, benötigt zwischendurch auch Ruhe, um Kraft und Energie zu tanken für das Engagement für eine demokratische Gesellschaftsordnung. Diese andauernden Auseinandersetzungen halten die Gesellschaft jedoch derart in Atem, dass sie zu Passivität und Apathie gezwungen ist. Die Verwirrung unter den Intellektuellen scheint größer zu sein als lange zuvor.

Das verharnte Schweigen der Zivilgesellschaft und Intellektuellen in den letzten Monaten ist sicher Ausdruck einer Müdigkeit und Erschöpfung, die sich im Laufe von mehr als zwölf Monaten permanenter Krisenstimmung notgedrungen einstellt. Bleibt zu hoffen, dass hieraus keine längerfristige Depolitisierung der Gesellschaft erwächst. Denn der Weg zu einer lebendigen Demokratie ist in der Türkei noch lang und benötigt das Engagement jedes einzelnen.